

Dresdner Volkszeitung

Postgeschäft: Dresden,
Kaub & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bonitons:
Geb. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alstadt.

Abonnement einschließlich Bringerlöhne monatlich 35,00 M., durch die Post
bezogen vierteljährlich 105,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich
55,00 M. Einzelnummer 2.— M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Schriftleiter: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Schriftleitung von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8seitige Romancierzeile 7,00 M., Familienanzeige
5,00 M., die 8seitige Reklamezeile 27,00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe
Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung
zur Aufnahme am vorgeschriebenen Tag. Für Briefeübertragung 2 M.

Nr. 157

Dresden, Sonnabend den 8. Juli 1922

33. Jahrg.

Die Demokratierung in Sachsen

Polizeipräsident Grille von seinem Posten entthoben

Auf Beschluss des Gesamtministeriums ist der Dresdner Polizeipräsident Dr. Grille von seinem Posten entthoben worden. Neben seiner anderweitige Verwendung wird noch Beschluss gefasst werden. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Dresdner Polizeipräsidiums ist der Erste Staatsanwalt Dr. Thomas, bisher Hilfsreferent im Justizministerium, beauftragt worden. Außerdem sind aus dem Dresdner Polizeipräsidium versetzt worden: Oberregierungsrat Edler v. d. Planitz, und die Regierungsräte v. Römer und v. Schönberg-Rothschild, letzterer an die Amtshauptmannschaft Löbau. Sie werden erstmals durch Regierungsrat Dr. Oster vor der Amtshauptmannschaft Löbau, Regierungsrat Dr. Busch, bisher Hilfsreferent im Ministerium des Innern, und Regierungsrat Dr. Schubert von der Amtshauptmannschaft Kamenz. Regierungsrat v. Römer wird an die Amtshauptmannschaft Kamenz versetzt. Die politische Abteilung des Polizeipräsidiums ist, wie bereits gemeldet, nunmehr dem Ministerium des Innern unmittelbar unterstellt und ihre Leitung an Stelle des zur Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt versetzten Regierungsrats Groß dem Staatsanwalt Dr. Wacker, bisher in Leipzig, übertragen worden. Ferner ist an Stelle des Oberregierungsrates Dr. Görner der Oberregierungsrat Georg Schulze für die Leitung des Personalamtes in Aussicht genommen.

nicht an dem subjektiven Willen Bayerns, die Hemmungen aus dem Wege zu räumen. Aber diesem Willen ist der Erfolg veragt worden. Neben begründet das gemeinsame sozialdemokratische Anträge. Wie haben nicht das Vertrauen, daß die Verantwortlicher innerlich so auf dem Boden der Republik stehen, daß wir drei Reichsgerichtsräte und nur vier Richterinnen die Fällung des Urteils überlassen können. Alle Fäden der Prozeßvorfälle laufen in Berlin und nicht in Leipzig zusammen. Deshalb muß der Staatsgerichtshof in Berlin sein. Wenn noch ein Schuh fällt, dann gibt es kein Halten mehr, dann kommt es zum wilden Durcheinander. Für uns ist die neu geerbte Stellung des Staatsgerichtshofes die beste Voraussetzung zu unserer Zustimmung des Gesetzes. Deshalb gäbe es, ernsthaft zu fragen.

Justizminister Radbruch weist in juristischen Ausführungen die gesetzliche Unmöglichkeit des Erlasses nach. Der Minister ist für Leipzig als Sitz des Staatsgerichtshofes. Das Gericht müsse einen starken juristischen Einschlag haben, deshalb dürfe das Reinenlement nicht so stark sein. Der Justizminister hält einen besonderten Reichskommissar als Ankläger nicht erforderlich.

Abg. Kahl (D. P.) will kein Vollgericht und verzerrt diesen Standpunkt in langen verdeckten Ausführungen.

Abg. Hoffmann (S. P. D.) tritt den Rednern der bayerischen Regierungsvorsteher entgegen. In der jetzigen Lage des Reichs handelt es sich um Notwehr und da könnte nicht so sehr Rücksicht auf Eigenheiten eines einzelnen Staates genommen werden.

Bremen als Hort der Reaktion

Eigene Drahtmeldung

Bremen, 8. Juli. Die Bürgerchaftsfraktionen der S. P. D. und der U. S. P. haben an das Reichsministerium folgendes Telegramm gesandt:

Der reaktionäre, aus bürgerlichen Parteien gebildete Senat hat bisher keinerlei Ausführungsbestimmungen zur Schlußverordnung des Reichspräsidenten erlassen. Kein einziger monarchistischer oder rechtskonservativer Verein ist aufgelöst worden, auch die Organisation Confl, Stahlhelm, Bund der Freiheit, Einwohnerwehrverein nicht. Bekannt ist, daß im benachbarten Staate aufgelöste Vereine von ihren bremerischen Organisationen unterstützt werden und unter bremischem Bezeichnungen in preußischen Orten verbotene Versammlungen abhalten. Waffenfunde in Bremers Rathäusern beweisen, daß die reaktionären Vereine auch über große Waffenmengen verfügen. Diese reaktionären Treiben gefährdet Bremens wirtschaftliches Interesse. Unterzeichnete Landtagsfraktionen fordern sofortiges Eingreifen der Reichsregierung.

ges. Bürgerchaftsfraktionen der S. P. D. und U. S. P.

Poincarés Kriegsschuld

Poincaré hat es bisher vermieden, auf die Beschuldigungen derjenigen einzugehen, die ihn als einen der Hauptbeschuldigten am Kriege bezeichneten und auf das Material aus den Archiven der früheren zaristischen Regierung hinwiesen. Poincaré wußte, was er tat, und er wußte, weshalb er vor zwei Tagen eine Kriegsschuldbekämpfung in der Kammer veranlaßte. Vor dieser Kammer mit ihrer nationalistischen Mehrheit steht es vor vorhersehn fest, daß es ein mit der Kriegsschuldbekämpfung Frankreichs nicht gibt. Und so hätte man denn die Niederlage der kommunistischen Alliée Vaillant-Couturier und Marcel Cachin mit ironischer Gelassenheit an, soweit es Poincaré zugänglich steht, sie durch Zwischenbemerkungen zu beladen, um z.B. französische Privatunterhaltungen der Deutschen zu zeigen, welche Zahl von Interesse die französische Kammer diesem Thema entgegenbringt.

Wichtig wurde die Szene, als die Verteidiger auf den Plan traten. Vaillant, der die Hauptschuldhabe am Kriege "Deutsch-Österreich", wie er sich weniger offiziell als vorsichtig ausdrückte, in die Schule schob und den Vertrag von Versailles die magna charta des französischen Reichs nennt, wird gleich zu Beginn seiner Ausführungen lärmisch begrüßt. Eine knappe Abgeordnete umarmt ihn. Poincaré verläßt seinen Ministerplatz, um ihm die Hände zu schütteln und ihn gleichfalls in seine Arme zu schließen. Man beschließt, Vaillant's Rede in allen Gemeinden Frankreichs öffentlich anzuschlagen. Damit ist eigentlich bereits alles gelöst, und die Schlüsserede Poincarés, wie immer sie auch ausfallen möchte, war ihres Erfolgs sicher, und es war selbstverständlich, wenn die Kammer nach Beendigung der Ausprüche der Regierung mit 532 gegen 66 Stimmen ihr Vertrauen aussprach. Poincaré hat es, soweit die vorliegenden Berichte einen Schluss lassen, vorgezogen, an den heißen Punkten vorsichtig vorbeizulaufen, wie es für die Art seiner Verteidigung bezeichnend ist, daß er von Cachin in die Enge getrieben, den Sitzungssaal verließ. Seine Argumente in der Kriegsschuldsfrage sind anders art. Der Verteidiger Vertrag, so folgert er, beruht nach dem Willen seiner Verteidiger auf einem moralischen Gedanken und nicht nur auf dem Sieg der Waffen. Er baut sich auf der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg auf. Beide französischen Kammer haben dieser Auffassung einstimmig zugestimmt. Außenminister Simon habe in London die Schuldfrage noch einmal aufstellen wollen, auf das Ultimatum hin hätten daraus sowohl die deutschen Unterhändler wie die deutsche Kabinettskonferenz die Verantwortlichkeit ein-

zweites Mal auf sich genommen. Die Kriegsschuldsfrage sei aber vollkommen gelöst.

Das ist mit brutalster Deutlichkeit gesprochen. Die Moral, von der hier die Rede ist, heißt Gewalt und Zwang. Von diesem Gesichtspunkt gesehen, ist über die Frage der Kriegsschuldsfrage kein Wort mehr zu verlieren. Aber wir wissen, daß das objektive Forum der Geschichte die Untersuchung nach anderen Gesichtspunkten führt, wie wissen, daß vor diesem Forum, das einen größeren und gewichtigeren Hörerkreis hat als den nationalen Kammerblod Frankreichs, die Frage nach der Alleinschuld Deutschlands am Kriege als einseitig abgelehnt wird. Mögen die Verantwortlichen auch weiterhin aus Zweckgründen ihre lächerliche Unschuldsmaske beibehalten, die Wahrheit kann heute durch geschickte Kammerrede nicht mehr verbunkert werden.

Das Vertrauensvotum hatte folgenden Wortlaut: Die Kammer weist mit Entschiedenheit und Verachtung die Verleumdung an Vaillant-Couturier zurück, die zugunsten Deutschlands organisiert und entwidmet worden ist, um Frankreich die Verantwortlichkeit für den Krieg auszubauen, entgegen den offenen Tatsachen und den Einständnissen, wie sie im Verfaßter Vertrag niedergelegt und in der Sitzung des Reichstags vom 10. Mai 1921 bestätigt worden sind.

Die Untersuchung gegen die Mörderbanden

Neben die Ermittlungen der Polizei in der Berliner Polizei verbreitet der Vorwärts eine Korrespondenzmeldung, laut der in Düsseldorf verhaftete Ingenieur Kauer in Berlin eingebund verhört worden ist. Er bestreite, vom Werdenschlag gegen Rathenau irgendwelche Kenntnis gehabt zu haben. Durch unzählige Zeugenberaubungen ist aber ermittelt worden, daß er doch darum gebraucht hat. Der in Oldenburg verhaftete antisemitische Verlagsbuchhändler Albert Grün ist eine Triebfeder beim Anschlag auf Harden gewesen. In Groß-Berlin ist jetzt alles aufgeklärt. Im Reiche dagegen ist noch viel Arbeit zu verrichten. Alle Verdächteten werden nach Berlin gebracht. Bissher befinden sich gegen 30 Personen noch in Haft.

Zwischen, 8. Juli. Nach einer Meldung aus Madrid sind auf einem Dampfer zwei Personen, die im Verdacht stehen, an der Mordung Rathenau beteiligt zu sein, verhaftet worden.

Umgruppierungen

Die Deutsche Volkspartei hat auf die Anfrage der Demokraten und des Zentrums geantwortet, daß sie zum Eintritt in eine Regierung auf republikanischer Grundlage bereit sei. Dieser Wechsel scheint in der Phantasie bürgerlicher Vertreterstaat reichliche Unschärfe erzeugt zu haben. In einem Teil der bürgerlichen Parteien erscheinen Berichte, die von Verwüstungen zwischen U. S. P. und S. P. D. Annäherung der sozialdemokratischen Fraktion an den Gedanken der Nationalsozialistischen Erweiterung nach rechts und anderen Kombinationen zu jüdischen Weisen. Ist es so schwer, gewisse unabänderliche Tatsachen der Lage zu erkennen? Oder sollen durch solche Phantasien jene Stimmungen und Verhältnisse erzeugt werden, die unter Gegner dem sozialistischen Lager wünschen? Wir geben hier einen Situationsbericht des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes wieder; er drückt die in unserer Reichsabstimmung herrschende Meinung aus und deckt sich mit der Auffassung, die wir gestern schon an dieser Stelle äußerten.

Die Schäffler, die am 24. Juni im Grünewald fielen, haben tiefgreifende Veränderungen im wirtschaftlichen wie im politischen Leben ausgelöst, die noch nicht abgeschlossen sind, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist. Die wirtschaftliche Fliegerkurve zeigt der Dollar-Kurs. Die politische Fliegerkurve zeigt die Tumulte in einzelnen Städten, die plötzlichen Vorgänge in den Parlamenten. Eine Bewegung ist in Gang gekommen, von der man heute noch nicht weiß, ob sie bald wieder zum Stillstand kommen oder in einem Bergsturm endigen wird.

Auch die beiden Rechtsparteien werden von der politischen Ereignung schwer durchwandlerisch. In beiden bestehen zwei Flügel, die hart miteinander ringen. In der Deutschnationalen Partei ist es die kleine Gruppe um Büttner, Höchst und Lambach, die, durch die Enttäuschungen der letzten Zeit aufs scharfste übereoszt, jetzt entschlossen zu sein scheint, aus der Atmosphäre ihrer bisherigen Parteizugehörigkeit herauszufallen. Die große Mehrheit der Partei will die Verbindung mit den Bölkischen aufrecht erhalten, wohl wissend, daß ohne diese die ganze Partei in nichts zerfällt. Hier ist also zunächst höchstens mit kleinen Absplitterungen zu rechnen, aber was zuverlässig ist, ist in sich doch so zerissen und zerflüsst, daß weitere Kämpfe mit der Tendenz zur Spaltung nicht ausbleiben können. In der Deutschen Volkspartei hat der linke zu den Demokraten neigende Flügel durch das Attentat auf Rathenau an Kraft gewonnen. Der rechte Flügel, der augenblicklich in der Minderheit ist, sieht im wesentlichen auf deutschnationalen Boden. Zu ihm gehört jener Herr Quaak, dessen Kritik der Außenpolitik seinerzeit von Rathenau als indirekte Mordherrschaft gekennzeichnet worden war. Sogenannte "linkslinke" Elemente gibt es nicht nur bei den Deutschnationalen, sondern auch in der Deutschen Volkspartei, ja, diese rühmen sich sogar, dort ebenso stark und einflußreich zu sein, wie bei der noch weiter rechts stehenden "Schwesternpartei". Hier sind es wieder die Körberoff, Heinze, v. Raumer und andre, die eine ähnliche Rolle spielen, wie bei den Deutschnationalen die Büttner und Genossen. In einer völkischdurchsetzten Partei werden sie kaum noch sehr lange bleiben können.

Im Zusammenhang mit diesen Umgruppierungen muß das Angebot der bürgerlichen Koalitionsparteien an die Deutsche Volkspartei, in die Regierung einzutreten, betrachtet werden. Die bürgerlichen Koalitionsparteien bezweden damit zweierlei:

1. wollen sie einen Gegenzug führen gegen den linken Zug der Sozialdemokratie, die die Unabhängigen zum Eintritt in die Regierung auffordert;
2. wollen sie wohl auch den linken Flügel in der Volkspartei durch dieses Manöver stärken. Jedenfalls werden sie sich aber selber sagen, daß bei diesem Schritt etwas Proletisches gar nicht herauskommen kann.

Es gibt bei den Volksparteiern wohl einige Leute, die uns lieber sein könnten als manche Zentrumslute und manche Demokraten. Die Partei als Ganzes aber befindet sich noch immer programmatisch zur Monarchie, und sie hat bis in die letzte Zeit hinein die auswärtige Politik Rathenau und Wirths geradezu fanatisch beispielhaft. Im Gegensatz zu den Unabhängigen, die, ohne selber in der Regierung zu sitzen, dieser doch so ziemlich aus jeder Verlegenheit, soweit sie konnten, herausgeholfen, haben die Volkspartei der Regierung, wo und wie sie konnten, die schwierigsten Schwierigkeiten bereitet. Im Gegensatz zu den Volksparteiern, die sich offen als Monarchisten bezeichnen, sind doch die Unabhängigen zweifellos entschiedene Republikaner. Und wenn man damit kommt, daß die Unabhängigen ja nicht die demokratische Republik, sondern letzten Endes „die Adelerepublik“ wollten, so ist das weiter nichts als eine taktische Finte, denn jedermann weiß, daß die Unabhängigen von ihrem Adelideal gründlich geheiligt und im schärfsten Gegensatz zu den Kommunisten geraten sind — die

übrigens auch in puncto Mädetkultur in allen Sprachen der Welt zu schweigen gelernt haben.

Die Umgruppierungen, die sich links von den bürgerlichen Parteien vollziehen, sind für uns die interessantesten und erfreulichsten. Unter dem Einbruch der Ermordung Rathenau hat die U. S. P. ihren grundsätzlichen Widerstand gegen die Koalitionspolitik aufgegeben.

Sozialdemokratie und Unabhängige Sozialdemokratie haben sich also auf dem Boden der demokratischen Republik und der Koalitionspolitik so weit einander angenehmt, daß man sich ein Wiedersehen in anderer Form kaum vorstellen kann. Mittlerweise ist die von den Unabhängigen verlassene Position von den Kommunisten besetzt worden. Die Kommunisten reden nicht mehr von der Mädetkultur, sondern nur noch von der "rein sozialistischen Arbeitsteilung", wie etwa die Unabhängigen vor einem Jahr.

Nur wer all diese Umgruppierungen im Auge behält, wird sich in dem Wirkwirkt, der in der Frage der Regierungsbildung entstanden ist, einigermaßen durchfinden. Die Sozialdemokratie denkt auf keinen Fall daran, die monarchistische Deutsche Volkspartei in eine Regierung einzunehmen, deren wichtigste Aufgabe es ist, den Verteidigungskampf der Republik gegen den Monarchismus zu organisieren. Sie besteht auf ihrem Standpunkt, der eigentlich doch der selbstverständlichkeit der Welt ist, daß die Republik nur durch eine entschieden republikanische Regierung und eine entschieden republikanische Parlamentsmehrheit geschützt werden kann.

Wulle bleibt

Berlin, 7. Juli. Wie der Sozialdemokratische Parteidienst erfährt, hat der deutsch-nationale Parteiausschuss den Bruch mit dem deutschösterreichen Flügel der Deutschen Nationalen Partei mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch der besondere Antrag, den Abg. Wulle auszuholen, fand keine Annahme.

Die Verschwörerkoalition

Der tatsächliche Einfluß der Rechtsradikalen im deutsch-nationalen Lager ist sehr groß, weit größer als in Presse und Parlament zutage tritt. In Thüringen reicht er sogar bis in die Deutsche Volkspartei hinein! Die verschiedenen Strömungen im Lager der Rechten beleuchten ein internes Informationsblatt einer rechtsorientierten Organisation, das ungefähr zwei Monate alt ist. Es führt etwa folgendes aus:

Die Gefahr einer Verschaffung der parteilosen nationalen Bewegung, die durch die Organisation getragen werde, sei infolge des Wirkens einer rechtsextremen Gruppe neuwendig sehr angewachsen. Der äußerste rechte Flügel der deutsch-nationalen Volkspartei, in dem die Reichsbahngesetzte Wulle und Henning auschlaggebenden Einfluß besitzen, halte es für angezeigt, eine mehr offene Politik in ihrem Sinne und mehr abseits ihrer Partei zu führen. Diese Gruppe und vor allem der Abgeordnete Major a. D. Henning plädiert, die Ziel nur erreichen zu können, in dem sie unter höchster Verantwortung des antisemitischen Gedankens und unter bestigter Anfeindung aller nationalen Kräfte, die sich nicht bedingungslos hinter sie stellen, den Kampf aller gegen alle in das nationale Lager hineintragen. Herr Henning sei der eigentliche Führer des Verbands national gesetzter Soldaten und versuche anscheinend, diesen Verband zur Geltung und Stärke einer nationalsozialistischen Bewegung und zu einer Art großen Soldatenpartei zu machen, sowie gleichzeitig aus dem für seine Zwecke fähigsten Verbündeten eine Art militärischer Organisation zu schaffen. Leider habe Herr Henning für seine Befreiungen die Unterstützung Generals Lüders verloren, der schlecht orientiert über die notorische, allmächtige Entwicklung und Erfahrung des nationalen Bewegung, glaubt, hier den richtigen Weg zur Unterstützung dieser Bewegung gefunden zu haben. Keineswegs kommt die Würde des Generals in die Übernahme des Ehrenvorstandes des Verbands national gesetzter Soldaten zum Ausdruck. Würde der Verband an seiner bisherigen Tätigkeit, nämlich der kommerziellen Sammlung national gesetzter Soldaten ohne Unterschied der Partei, festhalten, so könnte das Auftreten Lüders als seines Ehrenvorstandes nur freudig begrüßt werden. Da der Verband aber jetzt deutlich erkennbar eine ganz bestimmte politische Richtung auf seine Fahne schreibt und anfangt, eine eigene technische Machtgruppe zu bilden, die sich gegen andere

Leben • Wissen • Kunst

Händler und Helden

Bekanntlich haben Etwilhelm, sein Kellner, Lüders und noch eine ganze Reihe der Gedanken vor gestern ihre Memoiren auf dem Markt, die deutschen Führer der glorreichen Zeit — sie zählen das Schwert. Nun war es so weit. Zuerst aber zählen die Volksabstimmung eine amerikanische Schreibmaschine sowie eine freundliche Tippnase: „Bitte, Fräulein, schreiben Sie schnell!“ Das Fleisch ist willig. Das Eisen ist weich. O du geliebtes deutsches Reich ...“

Wie Memoiren? Wie Memoiren?

Die reizigen Helden der Botanik-Eiche, die Gräzepangerien aus dem Reich, die deutschen Führer der glorreichen Zeit — sie zählen das Schwert. Nun war es so weit. Zuerst aber zählen die Volksabstimmung eine amerikanische Schreibmaschine sowie eine freundliche Tippnase: „Bitte, Fräulein, schreiben Sie schnell!“ Das Fleisch ist willig. Das Eisen ist weich. O du geliebtes deutsches Reich ...“

Wie Memoiren? Wie Memoiren?

Die Bände liegen fertig verpackt. Darin ist alles Hindernisfrei: Entschuldigung, Geschönung, Material — o, du geduldige, statthafte Zahl! Kartenspiele, ein artig Ragoût — und ein bisschen Beschimpfung der Heimat dazu.

Wie Memoiren? Wie Memoiren?

Dann ziehen sie die Bälle voll Lust und legen sie auf die Verlegerbrust. Und sprechen, gesküßt auf das manhaftes Schmetz: „Suum cuique. Was ist das wert?“ Und sie handeln mit englischen Insulanern, mit dollararbeitenden Amerikanern ... Der Feindbund scheint ihnen auf ein Mal verwandelt. Und sie handeln, wie man nur in Galizien handelt. Wie Memoiren? Wie Memoiren?

nationale Vereinigungen wende, so müsse das Hexangelische des Generals Lüders verschwinden. Der Sohn wie auch der Name und der Person Lüders werde damit geschahet. Major a. D. Henning arbeite ziellos herum, Mitglieder anderer nationaler Vereinigungen dienen absatzig zu machen und in den Verbund national gesetzter Soldaten hinzugezogen. Dabei bezeichnete er die Vereine um, als international betrachtet, verjüdet, finanziell nicht einwandfrei sei. Es werde den Bürgern vor, daß sie unfähig seien und die Arbeiten nicht so förderten, daß die Vereinigungen wirklich leistungsfähig seien oder würden. Tatsächlich sei es Herrn Henning gelungen, eine Art Koalition zusammenzutragen, die aus dem Verband national gesetzter Soldaten, dem Jungdeutschen Orden, dem Kreuzbunde in Eisen und dem Verein (früher Freikorps) Oberland besteht. Allerdings sei aber dabei zu bemerken, daß nicht etwa die Mehrzahl der Mitglieder jener Vereine und Verbände bewußt in diese Koalition hineingegangen seien, sondern daß es sich dabei lediglich um die Vorläufe bzw. Führer handle, wie z. B. bei dem Jungdeutschen Orden, um den sogenannten Hochmeister Mohrhaus und bei dem Kreuzbunde um dessen Führer Major Schulz. Man habe auch große Anstrengungen gemacht, den Kapitän Schröder und den Sanitätsrat

Bittinger in diesen Kreis hineinzuziehen. Beide hätten jedoch eine Einlieferung abgelehnt. (Siehe ist jene Koalition wohl noch nicht geheimbläufig genug; Ann. d. Red.) Das Beginnen des Verbands national gesetzter Soldaten, so in einer gewissen Weise militärisch zu organisieren, würde nicht nur gewisse Regelungen fören, sondern auch der Einheit eine willkommene und beruhende Handhabe geben, um allen angeblich reaktionären Vereinigungen und Organisationen nachzuspüren.

Zum Schlus des Schreibens wird auf das Schädliche der Art hingewiesen, wie der Verband national gesetzter Soldaten die Bewegung für die Wahl eines Reichspräsidenten in die Hand nimmt. Das Vorzeichen müsse die Verpflichtung im nationalen Lager in dieser Beziehung noch vergroßern.

Das Schreiben spricht für sich selbst. Es zeigt, daß in den rechtsradikalen Kreisen so skrupellos gearbeitet wird, daß es manchen der nationalistischen Organisationen zu tunt wird. Besonders kompromittiert wird durch das Schreiben der Abg. Henning, der im Reichstag ein Verfahren gegen sich selbst beantragt hat.

Eine Reichswehr-Debatte

Deutscher Reichstag

246. Sitzung vom 7. Juli. 4 Uhr nachmittags.

Vorsitzender Lüdeke teilt mit, daß das Gesetz über die Bildung der Kommission zum Schluß der Republik eingegangen ist. Dem Abg. Wulle (Dnat. Op.) ist für 14 Tage Urlaub erteilt worden wegen Krankheit. (Glücklich links.)

Aus dem Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Bayerischen Volkspartei über die Viehleistungen an die Entente geht hervor, daß bis jetzt geleistet worden sind 143 525 Pferde, 177 000 Rinder, 203 231 Schafe, 21 441 Ziegen und 246 700 Hühner. Zu liefern sind noch 81 712 Pferde, 92 100 Rinder, 77 400 Schafe.

Der Einspruch des Reichsrats gegen die Beschlüsse des Reichstages zum Haushalt für 1922 wird dem Haushalt ausschließlich überwiesen.

Hierauf wird die gestern unterbrochene Aussprache über die Interpretationen bezüglich republikanischer Kunstdenkmale und die Teilnahme des Reichsrates daran fortgesetzt. Das Wort erhält zunächst

Abg. Henzel (Dnat. Op.), der seine Rede gestern nicht zu Ende führen konnte. Als er die Rednertribüne betritt, verläßt die gesamte Linke mit Einschluß der Demokraten und eines Teils der Bayerischen Volkspartei den Saal.

Vorsitzender Lüdeke ruft die Abg. Wels, Sollmann, Dr. Moses, Vogtherr und Waltz nachdrücklich wegen unparlamentarischer Zwischenfälle in der gestrigen Sitzung zur Ordnung.

Abg. Dr. Götz (Dem.): Herr Henzel hat gestern die Dolchstochter-Legende aufs neue vorgetragen. Der Sturm der Entrüstung, der deswegen ausgebrochen ist, hat gezeigt, daß die Wehrheit des Deutschen Reichstages sich diesen Vorwurf nicht gefallen läßt. (Stellung links.) Nicht nur als Deutscher, sondern als Gleichwohlsozialist lage ich, daß das, was Herr Henzel gestern hier vorgetragen hat, eine Unwahrheit ist. Ihm scheint unbekannt zu sein, daß eine große Anzahl von Generälen dieser Legende in seiner Weise zustimmt, und daß auch der ehemalige Kronprinz in seinen Erinnerungen ausdrücklich schreibt, daß der Zusammenbruch der deutschen Armee seit Anfang August des Jahres 1918 besiegt war, als die Franzosen unsre Front zu durchbrechen begannen. Es ist angefischt, dieser Vorwurf gerade vom nationalen Standpunkt aus unbegründlich, wie man unserm alten Heer und der Heimat, die gemeinsam Unverbüßt geleistet haben, den Vorwurf machen kann, sie hätten das Volk verraten. (Stellung links.) Gegen eine beratige Verleumdung erheben wir im Namen des deutschen Volkes energetischen Protest. (Entschiedenes Ichabot. Wohl links.) Wir lassen uns das Gewissen der erschöpften Pflicht nicht nehmen, um allermehrigen von jenen, die einen solchen Vorwurf zu erheben nicht das Recht haben. (Neuer Kürmischer Weißer bei der Wehrheit.)

Ebensoviel wie eine demokratische Beamenschaft können wir

ein neues Heer mit republikanischer Gestaltung

aus der Sede stampfen. Dazu ist eine Übergangszeit notwendig, in der nichts zerstört werden darf, was im Verderben ist. Wir sind der Ansicht, daß in der Reichswehr etwas im Machen ist, das man nicht zerstören sollte, wenn man zu einer republikanischen Wehrmacht kommen will. Man kann den Offizieren, die zum Teil aus der alten Armee stammen, nicht den alten Geist mit Gewalt austreiben. Der kann nur durch die Überzeugung überwunden werden, daß alle Angehörigen der Reichswehr der Republik zu dienen haben. Der Redner stellt fest, daß der Reichsminister entgegen anders lautenden Redbemerkungen tatsächlich Kraft ist und im Hause seinen Mann sieben wird, sobald er wieder gesund ist. — Der Redner führt eine Reihe von Fällen an, die an Geschwörer über die Reichswehr Anlaß gegeben haben, bei denen sich aber herausgestellt hat, daß der Vorleser sich anders darstellt, als in den Anschuldigungen geschildert wurde. Zum Beispiel habe

eine Wollberührung

möglich wäre. Ich sage „Nein“, denn unser Volk war erschöpft.

Auch sagte der General, daß wir nur noch einige Wochen bestens fürs kämpfen könnten. Nur meine Frage, was damit für unsre Lage genommen sei, blieb er mir die Antwort schuldig. Hindenburg soll seine Ansicht nächst fortsetzen haben. Ich aber will man das heldenhafte deutsche Volk für das verantwortlich machen, was die Generale verschuldet haben. Erst die Dolchstochter und dann das Verlangen nach nationaler Einheitsfront, wie stimmt das zusammen, Herr Henzel? Die Reichswehr ist heute ein Fremdkörper im republikanischen Staatsorganismus, der unter Umständen lebensgefährlich werden kann. Auch wir wollen keine parteipolitische Einstellung, aber die Reichswehr muss fest auf dem Boden der Republik stehen. Heute ist sie ein Moment der Beunruhigung. Im Offizierskorps wird der antirepublikanische Geist gepflegt, die

die Lüge vom Dolchstochter aufgenommen und gegen das deutsche Volk geschleubert. Als Beweis für die Nichtigkeit dieser Dolchstochterlegende führt er das Zeugnis eines englischen Generals an. Hindenburg hat dieser zufriedenstellenden Anklage gegen das eigene Volk eine eigentlich rote Rolle gegeben. Aber diese Anklage bricht zusammen, wenn man die Dokumente durchsieht, die Hindenburg selbst in den Tagen des Zusammenbruchs niedergelegt hat. Es genügt, zu wissen, daß Hindenburg in den letzten Tagen des September 1918 die Reichsregierung bringt um Waffenstillstand gebeten hat. Die Obere Heeresleitung hatte vollkommen Banffon gemacht, und da waren es wir Sozialdemokraten, die in die Freiheit sprangen, weil wir nicht wollten, daß Deutschland geteilt wird am Oden liegen bleibt. Hindenburg hat ausdrücklich erklärt, es sei notwendig, den Kampf abzubrechen. Die Ostfront war zusammengebrochen. Deutschland war isoliert, seine Kräfte völlig erschöpft, während die Gegner täglich neue Kräfte heranzuführen. Das waren Hindenburgs Gründe für den sofortigen Waffenstillstand. Damals fragte mich ein General, ob nicht noch einmal

die Lüge vom Dolchstochter

aufgenommen und gegen das deutsche Volk geschleubert. Als Beweis für die Nichtigkeit dieser Dolchstochterlegende führt er das Zeugnis eines englischen Generals an. Hindenburg hat dieser zufriedenstellenden Anklage gegen das eigene Volk eine eigentlich rote Rolle gegeben. Aber diese Anklage bricht zusammen, wenn man die Dokumente durchsieht, die Hindenburg selbst in den Tagen des Zusammenbruchs niedergelegt hat. Es genügt, zu wissen, daß Hindenburg in den letzten Tagen des September 1918 die Reichsregierung bringt um Waffenstillstand gebeten hat.

die Lüge vom Dolchstochter

aufgenommen und gegen das deutsche Volk geschleubert. Als Beweis für die Nichtigkeit dieser Dolchstochterlegende führt er das Zeugnis eines englischen Generals an. Hindenburg hat dieser zufriedenstellenden Anklage gegen das eigene Volk eine eigentlich rote Rolle gegeben. Aber diese Anklage bricht zusammen, wenn man die Dokumente durchsieht, die Hindenburg selbst in den Tagen des Zusammenbruchs niedergelegt hat. Es genügt, zu wissen, daß Hindenburg in den letzten Tagen des September 1918 die Reichsregierung bringt um Waffenstillstand gebeten hat.

Am Freitag Frau Guitner, Nr. 13 938 bis 13 935. — Am Sonnabend Das Rädchen, Nr. 13 936 bis 14 035.

Die Vorlesungen beginnen sämtlich 7½ Uhr.

Im nächsten Spieljahr, das bereits wieder Mitte August beginnt, werden den Mitgliedern höchstwahrscheinlich eine wesentlich größere Zahl von Plätzen zur Verfügung stehen. Stadtkino Abschluß der Verträge wird das Rädchen durch die Presse bekanntgegeben werden. Die Mitglieder aller drei Garben mit den Nummern von 1 bis 14 034 müssen, sofern sie ihre Mitgliedschaft für das nächste Vereinsjahr aufrecht erhalten wollen, ihre Mitgliedsplaketten in der Zeit vom 10. Juli bis 2. August in der Geschäftsstelle, Dresden-R. Hauptstraße 5, III., größtenteils täglich von 10 bis 4 Uhr, abliefern oder durch die Post einsenden, bezüglich vorgenommen werden kann.

Mitglieder, die es verfügen, ihre Karten abzugeben oder eingehen zu lassen, gelten als geistig. Die Mitglieder werden sobald nach dem 2. August unter ihrer alten Mitgliedsnummer zur Abholung durch die Presse aufgerufen.

Die Mitglieder mit den Nummern über 14 035 können ihre Vorlesung erst nach der Beendigung der Saison der Stadttheater, Mitte August, erhalten. Der Vorlesungstermin für die gesamten Mitglieder muß für das nächste Vereinsjahr mindestens um das Doppelte erhöht werden. Mitglieder mit den Nummern über 14 035, die den Vorlesungstermin von 17 bis 18 Uhr im nächsten Vereinsjahr nicht begreifen können oder wollen, werden gebeten, ihre Mitgliedsplaketten in der oben angegebenen Zeit in der Geschäftsstelle abzugeben, sie erhalten dort ihre eingehaltenen 6 R. zurück.

Dienstjenigen, die sich nicht abmelden, müssen die vom der Verwaltung festgesetzten Vorlesungstermine entrichten. Die Mitglieder werden noch auf am 9. Juli 1922, vormittags 11 Uhr, im Volksschulsaal stattfindende Mitgliederversammlung des Vereins aufmerksam gemacht. Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigen der Mitgliedsplakette gestattet.

Kunstvereinigung Dresden. Die Ausstellung der Künstlervereinigung Dresden an der Lenbachstraße im neuen Städtischen Ausstellungsgebäude zeigt bereits erfreuliche Berliner Ergebnisse auf. Eine Reihe von nettohohen Kunstwerken ging in Privatbesitz über. Die Ausstellung ist geöffnet Sonntags von 10 bis 18 Uhr, Montag 9 bis 7 Uhr. Eintritt 5 R. Dauerfeste 20 R. Abschlußtag 10 R. reich illustrierter Katalog 20 R.

Galerie Arnolds. Sommerausstellung. Gemälde von Goritzky, Trübner, Thoma, Leitl, Möhl, Riedel, Schmidt-Rottluff, Rothe, Woll. — Skulpturen von Lehmann, Rolfe. Tierbronzen von Wilhelm Krieger und René

Dresdner Kalender

Spielplan der Dresdner Theater vom 9. bis mit 17. Juli. Opernhaus: Geschlossen. — Schauspielhaus: Gastspiel des Wiener Burgtheaters; Sonntag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend: Das Märchen vom Wolf (7½); Montag, Dienstag, Freitag: Frau Guitner (7½). Von Sonntag an geschlossen. — Neustädter Schauspielhaus: Sonntag: Der Freischütz (7); Montag: Der ältere Held (7); Dienstag: Alessandro Stradella (7½); Mittwoch: Der Freischütz (7½); Donnerstag: Der ältere Held (7½); Freitag: Alessandro Stradella (7½); Sonnabend: Männer und Schlosser (7½); Sonntag: Alessandro Stradella (7½); Montag: Männer und Schlosser (7½). — Residenz-Theater: Täglich: Der blonde Engel (7½); Sonnabend den 9. und 16. Juli nachmittags: Alt-Helbigberg (7½) (alte Preise). — Central-Theater: Täglich: Wörtherfelder (7½).

Albert-Theater-Oper (im Neustädter Schauspielhaus). Für die Aufführungen von Alessandro Stradella ist Friedrich Söder, jetzt am Stadttheater in Chemnitz, verpflichtet. Die Aufführungen von Alessandro Stradella finden Dienstag (11), Freitag (14) und Sonntag (16) statt.

Rathaus-Theater-Goldelpar (Haltestelle So's ve). Sonntag (7½). Die Seizur auf Große, Lustspiel in drei Akten aus der Eidermeierzeit. Eintrittspreise: Erwachsene 8.80, Volkswohlfahrtsmitglieder 2.20, Kinder 1 R.

Dresdner Volksschauspiel. Der Volkspark hat für die Mitglieder eine Anzahl von Plätzen des Künstlerischen außerordentlich wertvollen Goldelpars vom Wiener Burgtheater erworben. In der kommenden Woche sind die Inhaber folgender Mitgliedsnummern im Städtischen Schauspielhaus einzitierbar: am Montag Frau Guitner, Nr. 13 736 bis 13 735. — Am Dienstag Frau Guitner, Nr. 13 736 bis 13 735. — Am Mittwoch Das Märchen vom Wolf, Nr. 13 838 bis 13 835. — Am Donnerstag Das Märchen vom Wolf, Nr. 13 836 bis 13 835.

Kunstausstellung Dresden. Die Ausstellung der Künstlervereinigung Dresden an der Lenbachstraße im neuen Städtischen Ausstellungsgebäude zeigt bereits erfreuliche Berliner Ergebnisse auf. Eine Reihe von nettohohen Kunstwerken ging in Privatbesitz über. Die Ausstellung ist geöffnet Sonntags von 10 bis 18 Uhr, Montag 9 bis 7 Uhr. Eintritt 5 R. Dauerfeste

monarchistische Gefinnung gilt als die einzige gesellschaftsfähige. Beihalb sind die Monarchen ihres geworden. Sie fühlen, daß sie in der Reichswehr eine Rückendeckung haben. (Sehr wahr ist es.) daß die monarchistischen Räume, die sich im November 1918 in ihre Söhne zurückzogen, heute auf dem republikanischen Tisch tanzen. Ist seinen Grund in dem Vertrauen, das sie auf die Reichswehr legen. Ich hoffe, daß mit wachsender Einsicht auch die Welt zur Gewalt erweichen wird. Das Doppelziel: Monarchie und Republikrieg, ist ein Unfall. Beide schlagen einander tot. Kein Krieg kann mehr ohne die industrielle Arbeiterschaft geführt werden, ihr passiver Widerstand macht jeden Krieg unmöglich, und für den Christentum der Monarchie sind die Arbeiter nicht zu haben, denn er kostet sich kein Arbeiter mehr. Die Wiederherstellung der Monarchie ist unmöglich.

Ostseitanten "von Gottes Gnaden"

Innen keinen modernen Staat regieren, dazu gehören Männer von Hochkenntnis und Erfahrung, die das Vertrauen des Volkes gewinnen. Wilhelm II. ist ein abschreckendes Beispiel. Seine Verbindung war — darüber sind wir wohl alle einig — unternormal, gering, aber sein Selbstgefühl groß. Nach seiner Daune konnte er den Reichstag aus seinem Palais hinauswerfen. Heute erscheinen die Monarchen, sie wollen einen Kaiser nach dem englischen Muster. Aber ein solcher Schattenkaiser ist ein kostspieliges Dekorationsspiel. In Wirklichkeit wollen sie einen Volkskaiser, der nicht Deutlich und monarchistisch sind ganz verschiedene Begriffe. Das deutsche Monarchismus ist kein deutsches Gewöhn. Die deutschen Fürsten waren die schärfsten Gegner der deutschen Reichseinheit. Viele von ihnen haben ihre Kronen aus Napoleonshand durch Vertrag am Deutschen Reich erworben. Von angesammelten Landesherrn kann von diesen keine Rede sein. Die Niedereinstellung der Monarchie wäre die Verabschiebung der Reichseinheit. Noch im Juli 1918 hat der frühere Kämpfer Apprecht in einem Brief an Hertling als sein Ziel die Umgestaltung Deutschlands aus einem Bundesstaat in einen Staatenbund bezeichnet. Niemals hat eine Republik im Laufe einer so kurze republikanische Partei gehabt wie die deutsche Republik, die sich auch in allen Abstimmungsbüchern, im Rheinland und im Saargebiet, beweht hat. Die Republik wird getragen von der Masse der Arbeiterschaft. Die Republik hat schwere Aufgaben, aber sie werden gelöst werden. (Festhalt bei den Soz.)

Abg. Bröll (Komm.): Der Reichsminister soll an nichts schuld sein; wir haben überhaupt keinen Reichsminister, sondern einen Kriegsminister, der Seestadt heißt. Die Regierung hat bisher nicht genug gegen die militärische und monarchistische Gefahr getan. Der Rektor fordert von der Sozialdemokratie Brück mit der Einheitspartei und warnt die Unabhängigen, in die Regierung einzutreten.

Abg. Meyer, Friedau (Soz.), geht auf die Vorgänge in Friedau ein und stellt die überwältigenden Gerüchte richtig. Es hat in Friedau zwei Tote und 29 Verwundete gegeben. Bedauerlicherweise ist der Minister Lipinski falsch unterrichtet worden. Die Demonstration ist ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Erst nachher hat ein Arzt auf die sich verlaufenen Demonstranten einschreiten müssen. Das hat dann die Mißverständnisse und Unruhen verursacht.

Nächste Sitzung Montag abend 5 Uhr.

Das Amt der Herren von Jagow

In der Sitzung des Thür. Landtages vom 5. Juli möchte der Abg. Börwinkel (U. Soz.) in öffentlicher Parlamentsrede Mitteilungen, die geeignet sind, erhebliches Aufsehen zu erregen. Abg. Börwinkel, der als Ministerialdirektor des Thür. Wirtschaftsministeriums, einer in Nürnberg stattgehabten wirtschaftlichen Konferenz von Bändervertretern beigewohnt hatte, führte nach dem Parlamentstrogramm u. a. folgendes aus:

"Herrn stand auf Anlassung des Reiches eine Beratung statt, an die sich ein wichtiger Vertrag anschloß. Dieser Schlüsselvertrag zeigte uns die neuen Entwicklungsarbeiten im fränkischen Jura. Der Vorstehende, ein bayerischer Oberregierungsrat Ritsch, der Leiter dieser Arbeiten, brachte die Neuordnung: In diesen Höhlen (im fränkischen Jura) sind auch längere Zeit Offiziere beherbergt worden. Und als dann ein Putsch kam und sich die Herren nicht mehr ganz sicher fühlten, sind sie in eine sichere Gegend des südlich gelegenen bayerischen Oberlandes abgerückt. Da mich die Sache interessierte, stellte ich nach dem Vortrag an den Herrn Oberregierungsrat die Frage, was dann für Offiziere in den Höhlen des Urbecks kommandiert werden, wenn sie in Südwürttemberg wären, und da erwiderte mir der Herr Oberregierungsrat: 'Das war die Ehrehardt-Brieffrage! Dort haben nicht nur die Offiziere gewohnt, sondern wir haben auch die Wissenschaften aufgenommen und sie eine ganze Zeit lang als Erwerbsleute beschäftigt. Bei uns hat auch Herr v. Jagow ein ganzes Jahr gewohnt.' Als ich dann fragte, ob denn auch Ehrehardt selbst da gewohnt hat, da mußte der Herr doch etwas gemerkt haben und er sagte: 'Nein, Ehrehardt selbst war nicht bei uns, sondern nur Herr v. Jagow.'

Bayern wird uns als Ordnungsstaat hingestellt. Dort aber waren die Nordbrennerbanden, die von Kapp geführt

Sintenis. — Sonderkabinett mit Handzeichnungen: Kaspar David Friedrich, Kägelgen, Raissi, Gille, Schmid, Spilberg, Mengel, Thoma, Küller, Greiner, Corinth, Siebold, Kolbe u. a. Vertraglich geschlossen von 9 bis 5 Uhr.

Zwei Führungen durch die Gemäldegalerie zum Westen des Vereinsheimes für die Stadt Dresden finden Sonntag, vor mittags von 9 bis 10 Uhr, statt. Kunstsachverständiger Freulein Heide: Entwicklung der modernen Malerei im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts; Kunstsachverständiger Freulein Mette: Die Meisterwerke der italienischen Hochrenaissance, vertreten durch die Meisterwerke Tizians, Giorgiones, Correggios und Raffaels.

kleine Mitteilungen

ukrainische Ausstellung in Deutschland. Der Verband der ukrainischen Heimatvereinigungen in Charikow, die die handwerkliche und künstlerische Zusammenfassung, eröffnet Anfang Juli im Berliner staatlichen Kunstmuseum eine Ausstellung von Bauernarbeiten. Später wird diese auch in anderen deutschen Städten sowie in Prag und London gezeigt werden. Die Ausstellung enthält fast ausschließlich Erzeugnisse der Jahre 1921 und 1922; Teppiche, Sticken, Keramiken, Schnitzholz, Charlatan und Ähn. Die Ukraine gehört zu den wenigen Wegen bewohnt hat. Die Ausstellung wird Gelegenheit geben, aufzustellen, wie die Tradition dieser Arbeit sich mit den modernen Einflüssen auseinandergesetzt und auch die Materialschwierigkeiten der letzten Jahre überwunden hat.

Rechtsabstimmensatztag an der Wiener Universität verhindert. Wie die Wiener Arbeitserziehung mitteilt, gab sich einen Vortrag des Genossen Neurath über Rathaus-Gesetz-Rechtslehre und Lebensbeschreibung am kleinen Festsaal der Universität das Rektorat die Bewilligung, diesen Vortrag in einem der Hörsäle der Universität abzuhalten, nicht. Der Vortrag fand daher in einem andern Saale statt. Es reicht sich diese Schilderung des akademischen Senats — oder desjenigen, der sich eben befindet — — wodurch an seine Fehlerlosigkeit: an die Verweigerung eines Vortrages für eine Redepublik, welche die sozialistischen Studenten erhalten wollten, an die prompte Ablehnung einer "Sozialistischen Hochschulvereinigung", in der auf die Republik geschworen wurde, und für den unter dem Namen Dr. Denkig gegen abge-

Feldzug gegen den Achtstundentag

Der Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie, der sich schon immer als treuer Helfer des Unternehmens erwiesen hat, entfaltet eine systematische Kritik gegen den Achtstundentag. Wir sind in der Lage, das folgende Schriftstück, das der Hansabund unter dem 27. Mai an die Unternehmer verfasst und das ein günstiger Wind auf den Achtstundentag weht, der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Es deutet sich ausschließlich auf die achtstündige Arbeitszeit und lautet:

„Sehr geehrte Herren!

Zu dem dem Reichswirtschaftsrat vorliegenden Gesetzentwurf über die Arbeitszeit gewidmete Arbeitnehmer hat der Betrieb ausdrücklich erklärt, in dem er für die Fortgangszeit des deutschen Wiederaufbaues eine Abschaffung des Achtstundentages für die nächsten 5 Jahre verlangt. Da die Gültigkeit der im November 1918 erlassenen Anordnung über die Arbeitszeit abgelaufen ist und durch ein Roßgesetz bis Oktober 1922 verlängert wurde, scheint es angebracht, daß die Unternehmer rechtzeitig Material für die Gewerbeberatung des Reichs und befreit die Monarchie einen solchen Entwurf zu übernehmen. Der Hansabund wendet sich an die Hansa-Bund heute mit der Bitte an Sie. Ihre Erfahrungen und Wünsche in Bezug auf die Gestaltung des Achtstundentages und die damit verbundene Arbeitszeit müssen, um die Arbeitnehmer dem Achtstundentag entsprechend zu entsprechen, um die Arbeitnehmer zu übernehmen.

9. Einigen Sie ein Geschäftsurteil über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeitnehmer vorzunehmen, um die Produktion zu vermehren?

10. Welche Löhne haben Sie in den letzten vier Wochen an die einzelnen Kategorien Ihrer Arbeitnehmer geahndet und wie hoch sind diese dementsprechend die Verdienstmöglichkeiten für a) männliche, b) weibliche Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen? Angabe der Art des Betriebes notwendig.

11. Wieviel Arbeitsstunden haben Sie für nötig, um das weitere Produktionsergebnis annehmbar zu erklären? Nehmen Sie dementsprechend die Verdienstmöglichkeiten für a) männliche, b) weibliche Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen? Angabe der Art des Betriebes notwendig.

12. Welche Vorschläge machen Sie a) um einerseits den Achtstundentag dem System noch zu halten, b) andererseits es dem Arbeitgeber zu ermöglichen, nach Bedarf die Arbeitszeit zu verlängern, c) soziger Art zur anderweitigen gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit?

13. Können Sie uns besonders drastische Rückschlüsse aus der Praxis des Achtstundentages (Arbeitserleichterungen über den Achtstundentag u. dgl.) nennen?

14. Geben Sie uns bitte betriebsliche Ergänzungen des im Fragebogen sich spiegelnden Arbeitstages.

Bei dieser Stelle von neugierigen Fragen wird man an das Wort erinnert: Ein Narr fragt mehr, als 10 Weise beantworten können. Der Hansa-Bund geht aber immerhin von der richtigen Erfahrung aus, daß, wie viel fragt, auch viel erfährt. Er will erfahren, um seine Höhe gegen den Achtstundentag, die er bisher mehr aus dem Siegkreis der Arbeitnehmer gehalten zu können. Er will das zusammengebrachte Material ohne Namensnennung zweckmäßig verarbeiten und dem in Frage kommenden Stellen als Denkschrift präsentieren. Die Gehirnstromerzeuger verhindern natürlich jede Nachprüfung des Materials auf seine Sachlichkeit. Das entspricht aber gerade den Absichten des Hansa-Bundes, der mit seiner systematischen Höhe gegen den Achtstundentag Erfolge zu erzielen und seine Unantastbarkeit als gewissermaßen eindeutig zu beweisen.

15. In welchem Umfang hat durch den Achtstundentag eine Verminderung Ihres Personals stattgefunden?

16. Ist durch den Achtstundentag die von Ihnen befürworteten erwarteten Intensivierung der produktiven Leistungen erreicht worden? In welchem Umfang ist die Leistung des einzelnen Arbeiters durch die Konzentrierung der Arbeitskraft gestiegen? In welchem Verhältnis steht die Leistungsminderung zum Arbeitsstundentag?

17. Ist eine Verminderung der Betriebsunfälle zu verzeichnen? Warum Betriebsumstellungen notwendig?

im Beisein von Ludendorff damals durch das Brandenburger Tor zogen und in Berlin damals gegen die Reichsregierung vorgingen. Wir wissen ja, daß damals auch eine Reichskonferenz stattgefunden hat, und doch in verschiedenen Städten Thüringens der Putsch nur deshalb nicht losgegangen ist, weil infolge des Generalsstreiks ein Teil dieser Parteien nicht wieder zurückkommen konnte. Die Verbündung war verloren gegangen. Diese beiden sind da heruntergezogen nach Sachsen und sind unter staatlichem Schutz solange beherbergt worden."

Gegen den deutschen Weltbewerb

London, 7. Juli. Beim Empfang einer Abordnung von Baumwollspinnern äußerte Lloyd George gestern schwere Vorwürfe wegen des Marschlagers in Deutschland. Da die deutschen Arbeiter um 50 Prozent geringere Löhne erhielten als die englischen, seien gesetzgeberische Maßnahmen in Großbritannien gegen diesen verhängnisvollen Weltbewerb notwendig.

Durch solche Schlagmärsche würde die deutsche Industrie verhindern, was wieder zur Folge hätte, daß die deutsche Zahlungsbilanz noch mehr verschärft und dadurch der Kurs der deutschen Mark von neuem gedrückt würde.

Kommunisten und Einheitsfront

Die am Freitag nachmittag abgehaltenen Besprechungen zwischen den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und den sozialistischen Parteien, einschließlich der Kommunisten, sind ergebnislos verlaufen. Die Kommunisten vertraten abermals die Unterschrift unter einem Auftrag, in dem sich die Parteien verpflichten, die Feindseligkeiten einzustellen, gegen alle Ausschreitungen anzukämpfen und für den Schutz der Republik einzutreten. Den Kommunisten wurde bis Sonnabend mittag 11 Uhr Bedenkzeit gegeben. Bis zu dieser Stunde sollen sie sich darüber schlüssig werden, ob sie die Unterzeichnung des im Interesse der Arbeiterschaft liegenden Auftrags ablehnen oder annehmen.

kleine politische Nachrichten

Überfeld, 8. Juli. Die Überfelder Stadtverordnetenversammlung beschloß auf Antrag der Sozialdemokratischen Partei gegen die Stimmen der Demokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei mit 81 gegen 29 Stimmen die Kaiserstraße Wolfher-Rathenau-Straße zu nennen und alle wilhelminischen Wahrzeichen an öffentlichen Gebäuden zu entfernen. Weitere Umbenennungen sollen durch die Bezirksmissionen erfolgen.

Das Goldzollensatztag wird häufig wieder außerordentlich unter Berücksichtigung des Goldzollens der vorher gebundenen Woche festgestellt werden. Für die Woche vom 12. bis 18. Juli beträgt das Goldzollengeld 7200 M.

Verhältnisse in München. Wie die Münchner Post meldet, hat der Oberreichsanwalt um die Verhaftung einiger der Organisationen angehörenden Studenten in München erlaubt. Der Antrag ist von den zuständigen Behörden dem bayerischen Ministerium des Innern zur Bearbeitung vorgelegt, das sich sofort einverstanden erklärt. Die Verhaftungen sind daraufhin umgehend erfolgt.

Die Befreiung von der Wohnungszwang. Die Königlich Sachsen und Sächsisch-Mecklenburgischen Befreiung auf die Wohnungszwang verhängt zum Vortag des Genossen Dr. Denkig gegen abge-

5. Für welche Beschäftigungsart Ihres Gewerbes, bzw. Betriebes halten Sie den Achtstundentag für notwendig und für welche nicht? Anwiefern halten Sie die Einbeziehung der Arbeitszeit in die Arbeitsleistung für berechtigt?

6. Welchen Einfluß hat die Einbeziehung der Pausen in den achtstündigen Arbeitszeit geka?

7. In welchem Umfang haben Sie zur Aufrechterhaltung Ihres Betriebes Überstunden einzulegen müssen, und wie weit sind dabei die Bereitwilligkeit der Arbeiter, Überstunden zu machen (treu gebliebenen Verbot)?

8. Ist Ihnen bekannt, ob und wieviel Ihrer Arbeiter die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden ausgenutzt haben, um Nebenarbeit zu übernehmen.

9. Einigen Sie ein Geschäftsurteil über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeitnehmer vorzunehmen, um die Produktion zu vermehren?

10. Welche Löhne haben Sie in den letzten vier Wochen an die einzelnen Kategorien Ihrer Arbeitnehmer geahndet und wie hoch sind diese dementsprechend die Verdienstmöglichkeiten für a) männliche, b) weibliche Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen? Angabe der Art des Betriebes notwendig.

11. Wieviel Arbeitsstunden haben Sie für nötig, um das weitere Produktionsergebnis annehmbar zu erklären? Nehmen Sie dementsprechend die Verdienstmöglichkeiten für a) männliche, b) weibliche Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen? Angabe der Art des Betriebes notwendig.

12. Welche Vorschläge machen Sie a) um einerseits den Achtstundentag dem System noch zu halten, b) andererseits es dem Arbeitgeber zu ermöglichen, nach Bedarf die Arbeitszeit zu verlängern, c) soziger Art zur anderweitigen gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit?

13. Können Sie uns besonders drastische Rückschlüsse aus der Praxis des Achtstundentages (Arbeitserleichterungen über den Achtstundentag u. dgl.) nennen?

14. Geben Sie uns bitte betriebsliche Ergänzungen des im Fragebogen sich spiegelnden Arbeitstages.

Bei dieser Stelle von neugierigen Fragen wird man an das Wort erinnert: Ein Narr fragt mehr, als 10 Weise beantworten können. Der Hansa-Bund geht aber immerhin von der richtigen Erfahrung aus, daß, wie viel fragt, auch viel erfährt. Er will erfahren, um seine Höhe gegen den Achtstundentag, die er bisher mehr aus dem Siegkreis der Arbeitnehmer gehalten zu können. Er will das zusammengebrachte Material ohne Namensnennung zweckmäßig verarbeiten und dem in Frage kommenden Stellen als Denkschrift präsentieren. Die Gehirnstromerzeuger verhindern natürlich jede Nachprüfung des Materials auf seine Sachlichkeit. Das entspricht aber gerade den Absichten des Hansa-Bundes, der mit seiner systematischen Höhe gegen den Achtstundentag Erfolge zu erzielen und seine Unantastbarkeit als gewissermaßen eindeutig zu beweisen.

Ein Einkommensgrenze als viel zu niedrig erscheinen. Wir er bitten von der Reichsregierung, schnellste Auskunft, ob sie bereit ist, dem Reichstag baldigst die wesentliche Erhöhung der unter die Verfreiung fallenden Einkommensgrenze vorzuschlagen.

Neueste Telegramme

Russische Todesurteile

London, 8. Juli. Nach einer Meldung aus Moskau wurden im Prozeß gegen die Geistlichen, die die Requisition billiger Eigentümer überwältigt hatten, 11 Geistliche zum Tode verurteilt. Ferner erhielten 58 Gefängnisstrafen von 5 Jahren aufwärts.

Irische Kämpfe

Dublin, 8. Juli. Der Feldzug gegen die irischen Aufständischen in der Provinz hat jetzt etwählich begonnen. Es werden aus mehreren Grafschaften Kämpfe gemeldet. Der irische republikanische Führer Cathal Brugha, der bei den wilden Kämpfen in Dublin schwer verwundet worden war, ist gestorben. Die Polizei-Lafette in Sligo, die von den Russlanddeutschen besetzt worden war, ist von den Freiwilligern eingenommen worden.

Letzte lokale Nachrichten

Uraub des Kultusministers

(N.) Der Kultusminister Flechner geht vom 10. Juli an in Urlaub. Seine Vertretung übernimmt Finanzminister Seibt. Es empfiehlt sich daher, Eingaben in ähnlichen Angelegenheiten während der Uraubzeit des Kultusministers Flechner nicht an diesen persönlich zu richten. Es ist sonst damit zu rechnen, daß derartige Eingaben bis zum Ablauf seines Uraubes unerledigt liegen bleiben.

Kirschpreise

Auf Grund der eingegangenen alten Weisungen sind für den Bezirk Ostholstein folgende Preise ermittelt worden, die im Durchschnitt aus vergangenen Donnerstagen im Kleinhandel mit Kirchen pro Pfund gefordert werden. Kleinmeinden 5 bis 9 M., Nien, Meilen, Tiefensee, Buxtehude 9,50 bis 9 M., in Dresden 8 bis 10 M.

Spieldatenänderung in der Albert-Theater-Oper (im Neubau des Schauspielhauses). Dieser Montag wird an Stelle: Der eiserne Hellen, auf vielseitigen Wunsch: Der Waffenschmied, mit Erich Zimmermann als Gast, gegeben.

Der Dollar 525,00

	8. 7.	8. 7.	7. 7.	7. 7.
	Geld	Brief	Geld	Brief

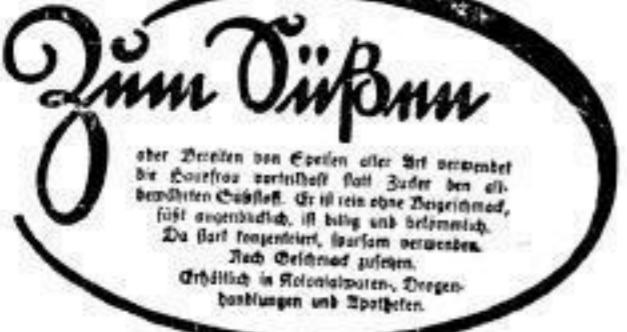
<tbl_r cells="5" ix="3" maxcspan="1" maxr

DEUTSCHE BANK

Abschluß am 31. Dezember 1921.

Besitz.

Kasse bei Banken	M 1,478,681,296,05
Guthaben bei Banken	3,863,343,814,72
Wechsel (einschließlich Schatzwechsel)	24,241,430,441,30
Verzinsliche Deutsche-Schatzanweisungen	33,470,029,
Report und Lombard	301,791,954,64
Vorschüsse auf Waren	1,022,153,961,95
Deutsche Staatsanleihen	10,690,278,77
Sonstige Wertpapiere	M 30,954,561,776,52
Beteiligung an Gemeinschafts-Untern.	113,654,852,88
Dauernde Beteiligung bei andern Banken und Firmen	59,553,516,06
Schuldner in laufender Rechnung	159,836,606,
Forderungen an das Reich und die Reichsbank aus für Rechnung derselben übernommenen Verbindlichkeiten	8,679,630,560,04
Bankgebäude	116,437,500,
Sonstiger Besitz	55,665,000,
	2
Grundvermögen	M 40,139,339,913,50
Verbindlichkeiten	
Rücklagen	M 400,000,000
Gläubiger in laufender Rechnung	450,000,000
Akzente	M 850,000,000
Für Rechnung des Reichs und der Reichsbank übernommene Verbindlichkeiten	38,617,424,225,47
Dr. Georg von Siemens-Fonds	218,546,121,68
Sonstige Verbindlichkeiten	116,437,500
Reingewinn	19,900,937,82
	24,917,578,78
	292,107,549,75
	M 40,139,339,913,50

^{*) Durch die Kapitalerhöhung und die Fusion mit der Deutschen Petroleum-Aktien-Gesellschaft im Mai 1922 erhöht sich das eigene Vermögen der Deutschen Bank (Kapital und Reserven) auf weit über zwei Milliarden Mark.}^[118]

Trinkt deutsche Erzeugnisse!



Nasenröte, Sommersprossen

Pickel, Hautunreinheiten, Gesichtssprosse usw. werden schmerzlos, unmerkbar f. d. Umgang, abgeschrägt durch achtige Vater Philipp Schäfer, derselbe kommt anmutig, junge, rote Haut zum Vorsehen, vom Laboratorium Dresden-Zschachwitz 142, Dresden erhältlich. Ich in der Storch-Apotheke, Pillnitzer Straße, und in der Drogerie Koch, Altmarkt.

Preiswerte Vogtländische Gardinen

und Stores empfiehlt das Fabrikat von Ost. Dohaus Auerbach i. B. Christianstr. 10, Eg. kein Laden

Plattenhaarstr. 43,4 M.-1000

Plattenhaarstr. 43,4 M.-100

Dem Landesparteitag zum Gruß!

Zur einer Zeit höchster politischer Spannung tritt heute im Volkshaus zu Chemnitz der Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie zu ernsten Beratungen zusammen.

Das Attentat auf Scheidemann, die Ermordung Rathenau haben die innerpolitische Lage in Deutschland mit einem Schlag ungünstig verändert und den Massen des Volkes die schweren Gefahren gezeigt, in denen die deutsche Republik schwächt. Die Hesse gegen die sächsische Regierung und gegen die republikanischen Heiteräte in Deutschland und das daraus hervorgegangene „Vollstrecker“ der sächsischen Reaktion waren auch die Verhältnisse, mit denen im Freistaat Sachsen die sozialdemokratische Regierung und die Landtagsmehrheit zu rechnen haben, ins rechte Licht. Die Mordaten im Reich haben ebenso wie die reaktionäre Hesse in Sachsen die Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit dem äußersten Nachdruck darauf hingewiesen, wie dringend notwendig es ist, die Einheitsfront zu schließen, um gegen den reaktionären Ansturm unter allen Umständen gerüstet und gewappnet zu sein.

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit dieser Einheitsfront hat besonders die beiden sozialdemokratischen Parteien erfasst. Zweifellos wird unser Parteitag in Chemnitz dafür sorgen, daß von unserer Seite aus alle Hemmungen eines waffenbrüderlichen Zusammenwirkens mit den unabhängigen Genossen beseitigt,

die Einheitsfront der sächsischen Sozialdemokratie fest formiert und der Wieder-

bereinigung der beiden Bruderparteien der Weg bereitet wird. Wir sind überzeugt, daß die in der nächsten Woche in Plauen zusammenstehende Landes-

versammlung der unabhängigen Sozialdemokraten in der-

selben Richtung wirken wird. Die auf die Einigung hinzielenden Maßnahmen der beiden Landesparteitage werden geeignet sein, die sächsische Sozialdemokratie beider Richtungen für den politischen Kampf gegen die Reaktion unüberwindlich zu machen.

Neben diesen großen politischen Aufgaben wird unser Landesparteitag auch befriedigend wirken auf das soziale Leben. Eingehend wird er sich beschäftigen mit der Arbeiterschulwesenpflege. Die Behandlung einer Fülle von Anträgen wird ihn außerdem noch vor eine Reihe weiterer großer Fragen und Aufgaben stellen.

So wird er sich unter anderem noch zu beschäftigen haben mit der rechtlichen Gleicherstattung von Mann und Frau, mit der Zulassung der Frau zum Richteramt und zur Rechtsanwaltspraxis, mit der Forderung einer staatlichen Grundwert- und Zuwachssteuer, mit der Verpflichtung aller Gewerbetreibenden zu einer geordneten Buchführung und mit ähnlichen Anträgen.

Ausgeprochen politischen Charakters ist ein Antrag des Bezirks Chemnitz, in dem jeder Gedanke an eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei unter allen Umständen abgelehnt und die Parteimitglieder zum schärfsten Kampf für die Erhaltung und den Ausbau der jüngsten Regierung verpflichtet werden. Ein Antrag des Bezirks Dresden fordert energische Belebung der Demokratisierung der Verwaltung, und ein weiterer des selben Bezirks fordert, daß bei der Auseinandersetzung mit dem Hause Bethmann die Staatsnotwendigkeiten nicht außer acht gelassen werden sollen. Ein Antrag Chemnitz fordert Stellungnahme zum Abstundentag und zur Haltung Schippels, ein weiterer Antrag Chemnitz verlangt, daß Genossen, die sich in fiktiver Stellung befinden und die Partei durch ihre Verhalten schädigen, sowie für ihre Polemik und schriftstellerische Tätigkeit bürgerliche Blätter benutzen, ihre Parteiamt niederlegen haben oder aus der Partei auszuschließen sind.

Angesichts der politischen Hochkonjunktur, in der wir gegenwärtig leben und in der täglich neue wichtige Probleme der Erörterung in der Presse harren, ist es uns leider nicht möglich, alle Arbeiten und Aufgaben, die der Parteitag auf Grund der Tagesordnung und der gestellten Anträge zu erledigen haben wird, so eingehend zu beleuchten und zu würdigen, wie es in früheren ruhigeren Zeiten möglich war.

Marie Wegrainer

Der Leidensroman einer Arbeiterfrau:

(Von ihr selbst geschrieben)

Sie waren zu Hause angelkommen. Ihre Möbel und ihre Hausrat standen auf dem Speicher. In der Wohnung der Schwiegereltern war ein Bett für Marie aufgestellt worden, während Leonhard in seinem Zimmer verbleiben mußte, wie sonst, wenn er daheim war. Marie mußte mit Leonhards Mutter auf einem Herd kochen und sich mit ihr einsetzen, denn die Leute hatten die Wohnung noch immer inne, und jeden Tag kam es zu neuen Streitigkeiten, weil Marie sich weigerte, eine dumpfe Kellerwohnung, in der es niemand länger als einen Monat aushielte, und für die sie monatlich zwanzig Mark zahlen sollte, zu bezlehen.

So ging es vierzehn Tage. Jeden Abend kam Marie ihrem Mann halben Wegs dem Main entlang entgegen, wenn er vom Geschäft heimkehrte, und stets hatte sie betrunke Augen. Leonhard, von Natur aus gutmütig, tat das Herz nun doch weh, als er Marie immer so traurig sehen mußte, und er meinte: „Liebe Marie, sei doch ein wenig fröhlich. Ich dachte dich zu bestreiten, nun wir uns hätten. Lass doch die häuslichen Sachen ruhen, das macht sich schon

so. Da kam ein Zwischenfall. Eines Abends, Marie hatte Leonhard wieder abgeholt, händigte sie ihm ein Schreibblatt, welches ihn zu einer lebenswichtigen Übung ins Lager Lechfeld einberief. Es schreibt, schon von außen erkennend, was es ihm brachte. Offizielle es Leonhard stehenden Füßen und sagte ironisch: „Das ist ein schwerer Schlag für uns beide, so kurz nach der Hochzeit, und in diesen Verhältnissen. Bei meiner Mutter kann ich dich nun nicht mehr lassen, denn sonst dürfte ich dich nach Abschluß der seben Wochen draußen auf dem Kirchhof suchen. Ich will morgen mit meinem Vetter reden, daß er mir ein Zimmer fertig richten läßt in seinem Neubau, wo wir uns einrichten provisorisch unterbringen können und du kannst dich vor der Streitkraft und den ärgerlichen Reden meiner Mutter hast.“

„Ach, Leonhard, dort soll unsres Weibens dann wieder nur kurze Zeit sein? Wie oft werde ich unsre Sachen noch

über die wenigen Andeutungen, die wir machen, werden zur Kennzeichnung der Bedeutung der Tagung genügen. Die sächsische Parteidienstforschung blickt heute und morgen mit größter Spannung nach Chemnitz. Sie erwartet ein Verhandlungsergebnis, das zur Stärkung der Partei und der Verteidigung der Republik und Demokratie gegen alle ihre Widerläufer beiträgt. In diesem Sinne begrüßen wir den Landesparteitag und wünschen ihm einen vollen Erfolg!“

Sächsische Angelegenheiten

Regierung und Zeitungsverleger

Minister Lipinski hat alsstellvertretender Ministerpräsident dem Verein sächsischer Zeitungsverleger auf seine Beschwerde über Ausschreitungen gegen Verleger und Redakteure in einigen Städten der Lausitz durch die Staatsanwaltschaft folgende Antwort zugehen lassen:

„Die Regierung bedauert, daß auf Zeitungsverleger und Schriftleiter Angriffe vorgenommen sind. Sie achtet die Meinungsfreiheit der Presse, wie sie dies auch in ihrem Anlaß der Ermordung des Reichsministers Dr. Rathenau an die Reichsregierung gerichteten Telegramm zum Ausdruck gebracht hat. Sie muss aber betonen, daß Meinungsfreiheit nicht ein Recht einschließt, die Regierung oder einzelne ihrer Mitglieder zu beschimpfen. Die in der Presse nicht selten beobachteten Verdächtigungen von Minister und andern politisch führenden Persönlichkeiten haben mit Meinungsfreiheit nichts zu tun.“

Ob zu den vorgetretenen Ausschreitungen die Schriftleiter durch den Inhalt ihrer Blätter einen Anlaß gegeben haben kann die Regierung von Dresden aus nicht ohne weiteres nachprüfen. In jedem Falle verurteilt sie solche Ausschreitungen. Gegen solche einzuschreiten, muß aber den örtlichen Dienststellen überlassen bleiben.

Die Regierung muß es grundsätzlich ablehnen, durch eins ihrer Mitglieder persönlich in Versammlungen privater Natur Erklärungen abgeben zu lassen.“

Die Reinigung der Schulen und Hochschulen

für alle Schulen, die der Oberaufsicht des Kultusministeriums und des Wirtschaftsministeriums unterstehen, wurde folgendes verordnet:

„Alle Lehrkräfte haben die unabdingbare Pflicht, ihre Berufstüchtigkeit im Geiste und im Interesse der neuen republikanischen Staatsrichtlinien auszuüben und die ihnen anvertrauten Schüler und Schülerinnen in diesem Sinne zu bilden und zu erziehen. Das gilt insbesondere für den geschicklichen, volksfürstlichen und staatsbürglerlichen Unterricht. Alle diesen Zwecken widersprechende Leinwandierung der Schüler und Schülerinnen durch Wort und Schrift ist verboten. Jede Heraushebung und Verzähmung von Angehörigen einzelner Bekennungs- und Rassen (einschließlich des Antisemitismus) muß unverzüglich. Vielmehr soll Geduld, Tugend, Persönlichkeit und Verständigung das Leitmotiv aller Lehrkräfte sein. Lehrer und Lehrerinnen, die diese Aufgaben in ihrem Amt nicht erfüllen wollen, haben die daraus ergebenden Folgerungen auf sich zu nehmen. Sie sind zu dem ihnen anvertrauten Amt untauglich.“

Die Verordnung des Kultusministeriums vom 28. Dezember 1921 über das Tragen politischer Abzeichen durch Schüler, und die inhaltlich gleiche Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 24. Januar 1922 finden auch auf die Lehrkräfte Anwendung. Die Schulerbibliotheken sind ungefähr von solchen Büchern zu reinigen, die die Republik zu schädigen geeignet sind; insbesondere eine Verherrlichung der Monarchie oder verfassungswidrige Einrichtungen enthalten.“

Die zunächst verantwortlichen Stellen (Schulleiter, Direktoren, Lehrerversammlungen usw.) sowie die Aufsichtsorgane der Schulen haben für strenge Durchführung dieser Bestimmungen zu sorgen und sind verpflichtet, möglicherfalls Anzeige bei dem zuständigen Ministerium zu erstatten. Lehrkräfte, die dieser Verordnung widersprechen oder Vereinigungen angehören, die einen Umschwung der republikanischen Staatsform zum Ziel haben, ferner ihre Entlassung aus dem Schulfach zu gewünschen und werden bis zum Ablauf des gegen sie eingeleiteten Verfahrens vom Dienste ferngehalten.“

Schüler und Schülerinnen, die den genannten Verbündeten zuwidderhandeln oder Vereinigungen angehören, die einen Umschwung der republikanischen Staatsform zum Ziel haben, ferner solche Schüler und Schülerinnen, die sich am antirepublikanischen Verstümmelungen oder Kundgebungen beteiligen, sind mit den strengsten Schulfässen zu belegen und, soweit sie die höheren Schulen des Kultusministeriums oder die Schulen des Wirtschaftsministeriums besuchen, unverzüglich von der Schule zu entfernen.“

Außerdem verordnete das sächsische Kultusministerium in bezug auf die ihm unterstehenden Hochschulen

im Anschluß an die Friedenserwerbung zum Schutz der Republik vom 28. Juni 1922 noch folgendes:

„Es ist den Studierenden der Hochschulen seines Geschäftsbereiches verboten, an Vereinen und Vereinigungen, Versammlungen, Aufzügen und Kundgebungen teilzunehmen, in denen Erklärungen stattfinden, die zur Säkularisierung der republikanischen Staatsform oder zu Gewalttaten gegen Mitglieder der jüngsten oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes aufrufen, solche Handlungen billigen oder verbreitern oder die republikanischen Einrichtungen des Staates verächtlich machen, auch wenn ein Verbot dieser Veranstaltungen gemäß § 1 der erwähnten Reichsverordnung nicht erfolgt ist. Gegen Beteilnehmende kann die sofortige Wegweisung von der Hochschule durch das Ministerium verfügt werden.“

Außen Dozenten, Beamten, Akademikern, Studenten, Angestellten und Arbeitern ist es untersagt, in den Räumen der Hochschulen Schwarzweizerei und sonstige politische Abzeichen (Hakenkreuze, Eisweiler usw.) zu tragen. Zu widerhandeln haben, wenn sie Professoren oder Beamte sind, die Einleitung eines Disziplinarverfahrens unter sofortiger Suspension vom Amt, im übrigen sofortige Entlassung oder Wegweisung von der Hochschule zu gewortigen. Die Rektoren und Direktoren der Institute haben für die Durchführung dieser Verordnung zu sorgen und Zuiderhandelnde kann die sofortige Wegweisung von der Hochschule durch das Ministerium verfügt werden.“

Verhaftung eines Scheidemann-Attentäters?

Wie der Chemnitzer Volksstimme aus lugen im Ergebrige telefonisch gewußt wird, ist dort auf einer Steinlobengruben ein „Gegarbeiter“, der den „besseren Standen“ entstammen soll und wohl nicht ganz freiwillig bat, nicht ohne besondere Gründe den Bergarbeiterberuf gewählt“ haben dürfte, von der Grube weg verhaftet worden. Er soll dringend verdächtig sein, an dem Blauzaunattentat auf Scheidemann mitgewirkt zu haben.

Der Verhaftete ist, wie inzwischen bekanntge stellt hat, ein Student der Chemie. Bei einer Haftaudition wurden ein Stahlhelm, ein Dolch, ein Revolver, Aufzeichnungen über die Verhafung u. a. von Blauzaun, Hakenkreuz und sonstige verbreitende Beweise gefunden. Der Verhaftete hat sich als „Praktikant“ in die Grube eingeschmuggelt.

Aufgelöst. Wie das Ministerium des Innern mitteilt, nimmt sich der am 1. Juli verbotene und aufgelöste Landesverband der Vereine nationalgestalteter Soldaten Nationalverband Deutscher Soldaten. Auf Grund des § 1 der Verordnung zum Schutz der Republik vom 28. Juni 1922 wird auch der Nationalverband Deutscher Soldaten Landesverband Sachsen, mit allen Verbänden und Ortsgruppen hiermit aufgelöst und verboten.

Die letzte Sitzungen des Landtags vor den Ferien sollen am Dienstag und Donnerstag nächster Woche stattfinden. Die Tagesordnung für die Sitzung am 11. Juli, nachmittags 2 Uhr, enthält u. a. Haushaltsspiel und die Eingaben zum Ortsklassenverzeichnis zur Bevölkerungsordnung und die des Landesausschusses des Südlichen Landesverbands in Dresden über die Verwertung des Reichsbedeckungsamtes in Dresden.

Der Untersuchungsausschuß des Landtags in Sachsen Lebensmittelbeschaffung des Wirtschaftsministeriums erklärt, daß er wegen der Landtagsferien seine Sitzung auslegt, daß aus dem bisherigen Verhandlungen sich nicht der mindeste Anhaltspunkt ergeben hat, an der persönlichen Ehrenhaftigkeit des früheren Wirtschaftsministers Schwaiger zweifelt, wie dies bereits im Beschuß vom 28. Juni 1921 vom Untersuchungsausschuß festgestellt worden ist.

Stadt-Chronik

Die Grüne Polizei

Nach allen bisherigen Erfahrungen steht die Grüne Polizei in Sachsen treu zur Republik. Das gilt bestimmt für Dresden und wird für Sachsen auch durch die Zwischenwirkinge nicht widerlegt. Trotzdem gibt es Arbeiter, die nicht Unterschiede zu machen vermögen und die ungeradeweise die Grüne Polizei für die Handlungen der sogenannten Blauen Polizei mit verantwortlich machen wollen. Wie verhält das ist, hat Minister Genossen Hellisch erst die Tage in einer Rede vor den Döbelner Parteigenossen ausdrücklich betont. Auch aus den Kreisen der Grünen Polizei selbst gehen uns Klagen über das verfehlte Verhalten einzelner Arbeitnehmer gegenüber zu. Ein Wachmeister der Grünen Polizei schreibt uns, veranlaßt durch gewisse Erlebnisse bei den letzten Demonstrationen:

„Uns alten Parteigenossen, die wir seit den Tagen der Revolution unermüdlich für die Republik kämpfen sind und die wir auch heute noch im grünen Rot täglich für die Republik auf der Wacht stehen, tut das natürlich bitter weh. Breite Freiheit des arbeitenden Volkes und auch viele unserer

und zwar gerade am Ende. Er beachtet es nicht und arbeitet weiter, er legt in der Theaterstraße, die damals angelegt wurde, Fußböden, welche mit Kohlengrieß aufgeschüttet wurden, wobei er sich wohl ein wenig von dieser schwefeligen Masse in die kleinen Hände brachte, was eine schädliche Blutvergiftung herbeiführte.“

„Sie hatten die erste Nacht in ihrer neuen Wohnung geschlossen und Leonhard ging anbern Morgens sechs Uhr fort an seine Arbeit. Es schlug gerade neun Uhr, als er mit schmerzerfülltem Gesicht wieder heimkam und sagte: „Marie, ich kann keinen Hammer und keine Säge mehr halten, vor Schmerzen. Sieh nur, wie meine rechte Hand anschwillt, und wie bläulich sie aussieht.“

„Was sagten wir denn an, guter Leonhard,“ rief er schreitend Marie, „ich will gleich nebenan zu dem Wader gehen und seinen Rat erbitten.“

Der Wader ging gleich mit Marie heim, und schüttelte bedenklisch den Kopf: „Hier wage ich es nicht, einen Rat zu erteilen, da müssen Sie schon zu einem erfahrenen Arzt gehen.“

Marie ging in ihrer Herzengang zu dem beliebten Doktor Andres, und schilderte ihm auf sein Bestreben den Zustand ihres Mannes, so gut sie konnte. Da legte er seine Hand auf ihre Schulter und sagte: „Mädchen, an dieser Hand hängt deines Mannes Leben. Ged, so schnell du kommst, zum Herrn Professor Rosenberger in der Karlstraße, er ist ein menschenfreundlicher Arzt und der tüchtigste Chirurg, und sag nur, ich schicke dich zu ihm, er soll sofort mit dir zu deinem Mann gehen.“

Marie machte sich an den Häusern anhalten und froh mehr als sie ging ihrem Biß zu. Die Angst um ihres Mannes Leben, der Jammer um ihn und ihr schwacher Zustand, vor neun Tagen war sie erst vom Wochenbett aufgestanden, nahmen ihr fast die Kraft, sich noch aufrecht zu halten.

So kam sie dort an und fand eine Landkutsche vor des Herrn Professors Haus stehen, in welcher, ihn erwartend, Herr Doktor Geßler schon Platz genommen hatte, offensichtlich mit dem Herrn Professor zu einer Operation über Land zu fahren.

(Fortsetzung folgt.)

